

Antrag der Kommission für Planung und Bau *
vom 27. März 2012

KR-Nr. 371/2008

4781 a

**Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
zum Postulat KR-Nr. 371/2008 betreffend Gesetzliche
Grundlagen für Public Private Partnership Projekte
(PPP-Projekte)**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in die Anträge des Regierungsrates vom 16. März 2011 und der Kommission für Planung und Bau vom 27. März 2012,

beschliesst:

- I. Das Postulat KR-Nr. 371/2008 wird abgeschrieben.
- II. Es wird folgende, vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.
- III. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 27. März 2012

Im Namen der Kommission

Der Präsident:	Die Sekretärin:
Stefan Krebs	Franziska Gasser

* Die Kommission für Planung und Bau besteht aus folgenden Mitgliedern: Stefan Krebs, Pfäffikon (Präsident); Verena Albrecht, Dietlikon; Erich Bollinger, Rafz; Max Clerici, Horgen; Pierre Dalcher, Schlieren; Martin Geilinger, Winterthur; Edith Häusler-Michel, Kilchberg; Andreas Hasler, Illnau-Effretikon; Hans-Heinrich Heusser, Seegräben; Jakob Schneebeil, Affoltern a. A.; Monika Spring, Zürich; Carmen Walker Späh, Zürich; Josef Wiederkehr, Dietlikon; Thomas Wirth, Hombrechtikon; Sabine Ziegler, Zürich; Sekretärin: Franziska Gasser.

Abweichende Stellungnahme:

Insbesondere knappe Kassen können dazu verleiten, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben mithilfe eines privaten Partners zu tätigen. Für die Gebietskörperschaften können damit jedoch grosse Risiken verbunden sein.

Deshalb sehen wir bei PPP-Projekten grundsätzlich die Gefahr, dass politische Mitbestimmungs- und Submissionsrechte gezielt umgangen werden können. Wir fordern daher, dafür zu sorgen, dass mögliche PPP-Projekte auf keinen Fall zu einer Aushöhlung von Demokratie und Gesetzen führen.

Zentraler Aspekt für ein erfolgreiches PPP-Projekt ist die Verlässlichkeit des privaten Partners. Betreibung, Insolvenz oder gar Konkurs können nicht nur eine langfristig angelegte Partnerschaft, sondern auch das Projekt gefährden. Sofern die öffentliche Hand ein PPP-Vorhaben realisieren möchte, müssen die Bonitätsrisiken von privaten Partnern vor Vertragsschluss eingehend geprüft werden. Aber auch Veränderungen bei Eigentümerverhältnissen, beispielsweise durch Fusionen oder Firmenübernahmen durch ausländische Investoren, können zu erheblichen Problemen führen.

Darüber hinaus fordern wir, bei jedem Projekt die Vor- und Nachteile der Zusammenarbeit mit privaten Partnern genauestens zu prüfen. PPP-Vorhaben müssten in Bezug auf Organisation, Finanzierung und Risikomanagement einen wirklichen Mehrwert bringen. In diesem Zusammenhang ist zudem zu berücksichtigen, dass die öffentliche Hand dank guter Ratings grundsätzlich günstiger Kredite aufnehmen kann als private Unternehmen. Aus diesen Gründen ist die Eigentümer-Strategie prioritär PPP-Projekten und Mietobjekten vorzuziehen.